# Kulturpolitische Schwerpunkte in den 80er Jahren

**Von Oscar Schneider**

*I.*

Die Ära Kohl brachte dem deutschen Volk die staatliche Einheit und die Überwindung der europäischen Teilung.

Sie war auch kulturpolitisch außerordentlich fortschrittlich, durchaus modern, wagnisbereit, auf Entwicklung und Dauer angelegt. An ihren historischen Folgen erst kann ermessen werden, was sich zwischen 1982 und 1998 in Deutschland und Europa ereignet hat. Man greift nicht zu hoch, wenn man an Friedrich Nietzsche erinnert, der die Deutschen zu lehren versuchte: „Jeder große Mensch hat eine rückwirkende Kraft: alle Geschichte wird um seinetwillen wieder auf die Waage gestellt, und tausend Geheimnisse der Vergangenheit kriechen aus ihren Schlupfwinkeln – hinein in seine Sonne. Es ist gar nicht abzusehen, was alles einmal noch Geschichte sein wird. Die Vergangenheit ist vielleicht immer noch wesentlich unentdeckt. Es bedarf noch so vieler rückwirkender Kräfte!“ (Die fröhliche Wissenschaft).

Alle kulturpolitischen Entscheidungen Helmut Kohls stehen in einem erkennbaren Zusammenhang zur Deutschen Einheit, zur erhofften und zur realisierten. Diese Entscheidungen fielen alle im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft: in seinen Regierungserklärungen der Jahre 1982 und 1983 hat er sie verkündet. Zu dieser Zeit stand der Zeiger auf der Weltuhr noch auf Trennung und Teilung.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat über sein Eintreten für die Deutsche Einheit und Berlin als deutsche Hauptstadt die Bedeutung Bonns nicht unterschätzt. Er wollte Bonn mit allen notwendigen Regierungsinfrastrukturen ausstatten. Diesem Ziele diente auch der fast totale Neubau des Hotels auf dem Petersberg zur hochoffiziellen Staatsherberge. Die Regierung Helmut Schmidt hatte das Grundstück gekauft, es aber nicht ausbauen lassen. Wenn sich die Grünen in dieser Sache durchgesetzt hätten, wäre aus diesem für die europäische Geschichte so bedeutsamen Ort ein Waldbiotop auf historischem Grund geworden.

In Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn wurden im Bundesbauministerium bis 1989 Pläne zur städtebaulichen Gestaltung des Regierungsviertels entwickelt. Auch die Anbindung der Bundeshauptstadt an das internationale Autobahnnetz sollte verbessert und erweitert werden. Im Bauministerium wurde ein Referat für Baukultur eingerichtet. Kultur hatte einen primären Stellenwert.

Der Bundeskanzler sah alle politischen Verhältnisse und Tatsachen in ihren geschichtlichen Perspektiven, weshalb er denn auch in den meisten seiner Reden den historischen Bezug eines Vorgangs ins Bewusstsein seiner Zuhörer rückte. Wer tiefer sieht und darum bemüht ist, Kohls historisches Denken zu

erfassen, wird erkennen, dass für ihn alle in der Geschichte wirksamen Kräfte und Interessen durch die jeweils handelnden Personen verkörpert sind.

*II.*

Die Demokratie gilt allgemein als schlechte Sachwalterin in kulturellen Angelegenheiten des Volkes: „Die Zeit ist kurz, die Kunst ist lang." Zwischen der politischen Entscheidung, dass ein Museum, ein Parlamentsgebäude, ein Kanzleramt gebaut werden soll und dessen Fertigstellung können mehr als zehn Jahre liegen. Die Wahlperioden des Bundestages dauern nur vier Jahre. Eine langjährige Regierungszeit ist also politische Voraussetzung für ein erfolgreiches demokratisches Bauwesen. Das wusste auch Helmut Kohl. Deshalb kündigte er schon in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 an, dass in Bonn ein Haus der Geschichte entstehen solle. Diese Ankündigung und alle folgenden für die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland und das Deutsche Historische Museum in Berlin beweisen, dass Helmut Kohl sich über die wesentlichen Ziele und Inhalte seiner künftigen Regierungspolitik im klaren war, als er zum Bundeskanzler gewählt wurde. Über die Bundeskunsthalle wurde seit 1949 gesprochen, aber nichts entschieden; über das Deutsche Historische Museum in Berlin hatte es unverbindliche Überlegungen und folgenlose politische Absichten gegeben. Im Jahre 1982 fehlte jeder Ansatz einer inhaltlichen Konzeption und eines zeitlichen Planes zur Realisierung: Das Haus der Geschichte, das nur in Bonn entstehen konnte, hielt Kohl für die dringlichste Aufgabe. Hier sollte dokumentiert werden, auf welchen Fundamenten die Bundesrepublik Deutschland, der freie Teil der deutschen Nation, nach 1949 aufgebaut wurde.

Helmut Kohl ist der erste Bundeskanzler, der die Kulturstaatlichkeit des Bundes politisch thematisierte. Eine 16-jährige Amtszeit schuf den zeitlichen Rahmen dafür, dass er als der bedeutendste Bauherr des Bundes in die Geschichte eingeht.

Der Staatsmann Helmut Kohl pflegte, wie Jakob Burckhardt es für notwendig hielt, „ein bewusstes Verhältnis" zum Geistigen, zur Kultur seiner Zeit. So sehr alle seine Entscheidungen politisch gewollt und kulturell angelegt waren, so sehr legte der Kanzler allergrößten Wert darauf, dass jede ideologische Verfremdung und jede parteipolitische Verengung vermieden wurde. Die Historiker, die Wissenschaftler hatten das erste Wort, sie wurden gebeten, eine Grundkonzeption zu erarbeiten. Die wissenschaftliche Fachwelt konnte jeden Schritt verfolgen, die politische Öffentlichkeit wurde umfänglich unterrichtet, alle gesellschaftlichen Kreise wurden in die Planung und weitere Führung des Hauses mit einbezogen. Selbstverständlich war das Haus der Geschichte eine Institution der Bundesregierung! Der Bund bezahlte alles; im Kuratorium, das über alle Grundfragen und die konzeptionelle Ausrichtung des Museums zu

entscheiden hatte und hat, sitzen Vertreter der Bundesregierung, des Bundesrates und des Bundestages.

Helmut Kohl sah in den von ihm angestoßenen Institutionen in Bonn und Berlin notwendige und unverzichtbare Infrastrukturen des Kulturstaates Deutschland. Der ehemalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz brauchte über unsere föderale Verfassungsstruktur nicht belehrt zu werden. Der Bund hat das Recht, ist sogar dazu verpflichtet, in seiner Hauptstadt und überall dort, wo er für die gesamte deutsche Nation repräsentativ in Erscheinung tritt, äußere Formen der Repräsentation, ein staatliches Erscheinungsbild sicherzustellen, die aus dem demokratischen Geist unserer Verfassung und aus der Notwendigkeit des internationalen Staatenverkehrs sich herleiten. Das deutsche Volk hatte im 20. Jahrhundert mehrere Staatsformen zu erdulden und diese überlebt: Das deutsche Volk ist aber nicht untergegangen; nicht untergegangen ist die deutsche Geschichte, die deutsche Kultur und das Recht der Deutschen, sich in Frieden und Freiheit die verlorengegangene nationale Einheit wieder zu erkämpfen. Dieses Denken entspricht dem Geist der Verfassungsgeber und den Buchstaben des Grundgesetzes. Der Kulturstaat Deutschland wollte in Bonn und Berlin Zeichen setzen.

Der Bundeskanzler lud Repräsentanten des deutschen Kultur- und Geisteslebens zu Gesprächsrunden in den Kanzlerbungalow ein. Die Auswahl der einzuladenden Gäste orientierte sich ausschließlich am Rang und an der Bedeutung der Persönlichkeiten.

Die deutsche Demokratie hatte dies bisher weder in Bonn, noch in Berlin getan. Die Deutschen hatten zunächst fürs nackte Leben zu sorgen. Die ersten Nachkriegsjahrzehnte waren dem Wiederaufbau gewidmet, der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungskraft, dem internationalen Wettbewerb und der Sicherung unserer sozialstaatlichen Lebensbedingungen.

## *III.*

Die kulturpolitischen Initiativen des neuen Bundeskanzlers lösten bei den Parteien und in der deutschen Öffentlichkeit eher Überraschung als Zustimmung aus. Im Vordergrund stand die Außenpolitik: die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, weitere Schritte zur Einigung Europas, die Deutschlandpolitik, die erkennbar einer Krise entgegentrieb. Die ersten Kabinettsbeschlüsse befassten sich mit dem NATO-Doppelbeschluss, dem Fortbau des Main-Donau-Kanals und mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten an der Saar.

So konnte es nicht verwundern, dass es erst nach langwierigen Gesprächen mit den Ministerpräsidenten gelang, die Länder von der Notwendigkeit dieser kulturstaatlichen Initiative des Bundes zu überzeugen. Jetzt hatte sich das Modell eines kooperativen Föderalismus zu bewähren. Die Länder sollten in den Aufsichtsorganen der drei neuen Bundesinstitutionen mitwirken, ohne dafür

zur Mitfinanzierung verpflichtet zu sein. Dieses Modell steht im Einklang mit dem Geist des Grundgesetzes, das zwar die Kulturhoheit der Länder kodifiziert, die andererseits aber auch der Idee der Bundesstaatlichkeit verpflichtet ist. Bundesstaatlichkeit hier bedeutet Vernetzung, meint Vielfalt und Vielförmigkeit, Subsidiarität und föderale Struktur.

Erst nach langen Verhandlungen und unter Verzicht auf eine öffentlich-rechtliche Verankerung war die Zustimmung der Länder für diese Institution zu gewinnen gewesen. Ich erinnere mich an viele Gespräche, die ich damals mit Franz Josef Strauß, dem bayerischen Ministerpräsidenten, in dieser Sache zu führen hatte. Es waren zunächst politische, staats- und verfassungsrechtliche Hindernisse zu überwinden. Kulturstaatliche Argumente, gesamtstaatliche Notwendigkeit und hauptstädtische Kriterien mussten geltend gemacht werden. Vor allem aber mussten Vorurteile beim politischen Gegner und skeptische Vorbehalte in den unionsgeführten Bundesländern widerlegt und ausgeräumt werden.

Am 7. Juni 1984 erklärten die Regierungschefs der Länder: „Im Zusammenhang mit der Errichtung der Kulturstiftung sind sich die Regierungschefs von Bund und Ländern einig, daß in der Bundeshauptstadt Bonn ein Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und eine Kunst- und Ausstellungshalle errichtet werden. Die Länder werden über die Kulturstiftung an diesen Vorhaben mitwirken.“ Am 4. Juni 1987 unterzeichneten die Regierungschefs von Bund und Ländern in Bonn das „Abkommen über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder“. Unter diesen Rahmenbedingungen war es möglich, alle weiteren Einzelentscheidungen, die das Verhältnis des Bundes zu den Ländern anging, zu treffen. Zunächst galt es, die Zusammenarbeit mit den Ländern zu institutionalisieren, für die genannten Häuser Organisationsstrukturen zu schaffen, durch die gewährleistet werden konnte, dass Bundesregierung und Bundestag und Bundesrat bei den weiteren Entscheidungen angemessen vertreten wurden. In zahlreichen Gesprächen und bei Anhörungen, durch Berufung von Beiräten und Planungsräten und eine umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit gelang es bald, das erforderliche öffentliche Vertrauen zu finden, das für den Erfolg unverzichtbar erschien.

Kohl erwies sich in der kulturpolitischen Kontroverse mit den Ländern als pragmatischer Finalist: Er kannte das Ziel seiner Politik sehr genau, er wollte den Erfolg und ließ sich durch rechtliche und tatsächliche Nebensächlichkeiten von seinem Kurs nicht abbringen. Deshalb war er damit einverstanden, dass zwar das Haus der Geschichte den Status einer öffentlich rechtlichen Körperschaft erhielt, während die Bundeskunsthalle und das Deutsche Historische Museum in der Rechtsform einer GmbH gegründet wurden und geführt werden.

Schon am 15. November 1983 war eine verbindliche wissenschaftliche Grundlage für das *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* geschaffen. Der Bundeskanzler ließ sich über alle Einzelheiten und Entwick-

lungsschritte unterrichten. Seine Weisungen an den federführenden Bundesminister waren folgende: Im Haus der Geschichte sollen und müssen sich alle Deutschen vertreten sehen können:

- Parteipolitische Erwägungen sind unter allen Umständen zu vermeiden.
- Anlage, Konzeption, Realisierung und Leitung des Hauses müssen so geartet sein, dass sie unter jeder demokratischen Regierung maßgeblich und verbindlich bleiben können.
- Das Haus der Geschichte muss ein wissenschaftlich geführtes und zeitgeschichtliches Museum sein, in dem die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Fülle nachgezeichnet werden soll.
- Das Prinzip der Wissenschaftlichkeit muss nicht nur für die Dauerausstellung, sondern auch für die Wechselausstellungen verbindlich bleiben.

1986 konstituierten sich die Gremien der Stiftung des Hauses der Geschichte: Kuratorium, wissenschaftlicher Beirat und Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen. Die Stiftung erhielt den Rechtsstatus einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Am 12. November 1986 empfahl das Preisgericht für den Architektenwettbewerb, den Architekten Ingeborg und Hartmut Rüdiger aus Braunschweig den Bauauftrag zu erteilen. Am 1. Juli 1987 trat Prof. Hermann Schäfer als Direktor der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein Amt an. Am 21. September 1989 folgte der „Erste Spatenstich“ für den Neubau des Hauses der Geschichte. Am 14. Juni 1994 konnte Helmut Kohl das Haus der Geschichte eröffnen. Am 6. Dezember 1994 beschloss der Kulturausschuss des Europarates, dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland den Museumspreis des Europarates 1995 zu verleihen. Grundlage dazu war die Empfehlung einer international besetzten Fachjury aus Museumsspezialisten unter Vorsitz des Briten Kenneth Hudson.

Das Bonner Geschichtsmuseum hat inzwischen seinen internationalen Rang gefestigt und seine Anziehungskraft für Besucher aus ganz Deutschland und Europa dauerhaft gesichert. Auch die kritischen Stimmen aus den Reihen der damaligen Opposition sind verstummt. Das Haus der Geschichte, das nur in Bonn errichtet werden konnte, hat seine Bedeutung nach dem Umzug der Verfassungsorgane von Bonn nach Berlin noch steigern können. Helmut Kohl hat sich auch in diesem Falle als weitschauender und von Geschichtsbewusstsein geprägter Staatsmann erwiesen. So muss es auch an dieser Stelle noch erlaubt sein, an die skeptischen, kritischen und teilweise polemisch gehässigen Stimmen gegen Kohls Museumspläne zu erinnern. In der Kulturdebatte des Deutschen Bundestages Ende 1986 äußerte sich der SPD-Abgeordnete Freimut Duve wie folgt: „Als nationale Aufgabe von europäischem Rang hat der Bundeskanzler die geplanten Geschichtsmuseen in Bonn und Berlin bezeichnet. Was sollen eigentlich solche Sprechblasen? Wer verleiht europäische Ränge? Wer stiftet nationale Aufgaben? Geschichtliche Identität sei den Deutschen

abhanden gekommen – so heißt es –, sie müsse rasch wiedergefunden werden oder gestiftet werden, sonst drohe uns Unheil."

*IV.*

Waren für das Haus der Geschichte historische Perspektiven und zeitgeschichtliche Notwendigkeiten maßgebend, so beruhte die Entscheidung für die *Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland* auf der Erfahrung, dass eine politische Hauptstadt immer auch ein kulturelles Zentrum sein muss. Bonn, die alte Kurfürsten- und Universitätsstadt, war 1949 nur unter Hinnahme äußerster räumlicher Beschränkungen und schwieriger Provisorien im Stande, die Verfassungsorgane des Bundes unterzubringen. Kulturelle Institutionen einer Hauptstadt fehlten und waren auch nur sehr schwer zu schaffen. Einmal war Bonn nur als vorübergehende Hauptstadt gedacht, was allen Plänen, in Bonn kulturstaatliche Einrichtungen zu errichten, natürlicherweise nicht förderlich war. Die Präambel des Grundgesetzes brachte zum Ausdruck, dass die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit das oberste Ziel der Bundesrepublik sein muss. Es war ebenso sicher und eindeutig und durch wiederholte Beschlüsse und Bekundungen des Bundestages klargestellt, dass Berlin die deutsche Hauptstadt ist und auch wieder Sitz der Bundesorgane werden muss. Diese gemeinsame Überzeugung galt für viele freilich dann nicht mehr, als die Deutsche Einheit nach dem 9. November 1989 tatsächlich eingetreten war. Am 7. Oktober 1989 hatte man mit dem Bau der Bundeskunsthalle begonnen. Niemand machte den Versuch, die begonnenen Baumaßnahmen zu stoppen. Bundeskanzler Helmut Kohl hätte sich solchen Versuchungen gewiss auch mit aller Entschiedenheit widersetzt. Die Bundeskunsthalle war jahrzehntelang ein kulturelles Desiderium der Bonner Bevölkerung geworden.

Die Eröffnung konnte am 17. Juni 1992 erfolgen. Im Rahmen eines feierlichen Staatsaktes, in Anwesenheit des Bundespräsidenten und der Bundestagspräsidentin übergab Helmut Kohl den Kunsttempel seiner Bestimmung. Prof. Gustav Peichl, Wien, hatte Wort gehalten: die berechneten Baukosten wurden unterschritten, alle Termine eingehalten. Am gleichen Tag übrigens, an dem das Bonner Kunstmuseum mit erheblichen Fördermitteln des Bundes eröffnet werden konnte. Beide Häuser in einer wohl proportionierten städtebaulichen Nachbarschaft haben ihre Notwendigkeit bewiesen und ihre Anziehungskraft im rheinischen Kulturraum zwischen Mainz und Düsseldorf erhalten und vielfach sogar noch gesteigert.

Alle unter Helmut Kohls Kanzlerschaft ausgeschriebenen Architekturwettbewerbe waren internationalen Charakters. Den Wettbewerb für die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland gewann der österreichische Architekt Prof. Gustav Peichl. Aus dem Wettbewerb für das Deut-

sche Historische Museum in Berlin ging der italienische Stararchitekt Aldo Rossi hervor. Wo immer er politischen Einfluss als Bauherr zu nehmen hatte, entschied er sich für funktionale Lösungen, die sich durch architektonische und städtebauliche Qualitäten auszeichneten. Der Kanzler zeigte sich durchaus offen für andere Auffassungen und gegensätzliche Argumente, sie mussten nur fachlich überzeugen und in ihren langfristigen Konsequenzen bis zu Ende gedacht sein. Helmut Kohl hielt sich auch im Bereich der Kulturpolitik an die Richtlinienbefugnis des Bundeskanzlers: Er schöpfte sie voll aus. Seine Entscheidungen traf er erst nach gründlichen Prüfungen des Sachverhalts. Das gilt für alle Projekte, aber insbesondere im Falle des Kanzleramts im Spreebogen, die Neue Wache als zentrale Gedenkstätte und das Holocaust-Denkmal.

Während seiner 16-jährigen Kanzlerschaft war Helmut Kohl davon überzeugt, dass in einer „offenen Gesellschaft" auch Kulturfragen offene Fragen bleiben müssen. Offen bedeutet hier vor allem, dass niemand in der Politik die letzte Wahrheit für sich reklamieren darf, am wenigsten in Fragen der Kulturpolitik. Unter diesen politischen und geistigen Aspekten konnten alle Gremien von Sachverständigen unbeeinflusst arbeiten, was Zeit sparte, die Zusammenarbeit förderte und schließlich den gemeinsamen Erfolg möglich machte.

## *V.*

Die meisten und hartnäckigsten Widerstände regten sich gegen Kohls Plan, in Berlin das *Deutsche Historische Museum* zu errichten. Seine Notwendigkeit wurde vielfach verneint, seine inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung für undurchführbar gehalten. Helmut Kohl sah in diesem Museum keine Teilung der deutschen Geschichte in die Zeit vor und nach 1945, wie dies von mancherlei Historikern behauptet wurde. Kohl dachte auch in diesem Zusammenhang historisch. „Wer historisch denkt, wird die Gegenwart aus der Geschichte und die Geschichte von der Gegenwart her erhellen." (A. Demandt)

Das Deutsche Historische Museum stand von der ersten Gründungsidee an in einem offenen und bewussten Widerspruch zum „Museum für Deutsche Geschichte", das die Machthaber der DDR im Zeughaus in Ost-Berlin eingerichtet hatten. Die ganze deutsche Geschichte sollte im Deutschen Historischen Museum präsentiert werden, die politische Geschichte, nicht in erster Linie die deutsche Kulturgeschichte, die im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg eine einzigartige Präsentation erfährt und der gesamten deutschen Nation gewidmet ist. Für Helmut Kohl war klar: die ganze deutsche Geschichte öffnet auch den Blick für die europäischen Perspektiven unserer Nationalgeschichte. In seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 führte der Bundeskanzler dazu aus: „Wir, die Deutschen, müssen uns unserer Geschichte stellen, mit ihrer Größe und ihrem Elend, nichts wegnehmen, nichts hinzufügen. Wir müssen

unsere Geschichte nehmen, wie sie war und ist: ein Kernstück europäischer Existenz in der Mitte des Kontinents." Am 21. April 1985 veranstalteten die Grünen im Berliner Reichstagsgebäude eine öffentliche Diskussion zur Frage: „Warum soll die deutsche Geschichte in ein Deutsches Historisches Museum eingesperrt werden?" Dabei führte Bernhard Strecker u. a. aus: „Kohl und die Wenderegierung wollen diese Stadt wieder zu dem Zentrum Deutschlands machen. Der Museumsbau erscheint als eine zu Stein verfestigte Unterstreichung der konservativen Staatsdoktrin der Bundesrepublik, die sich als alleinigen und rechtmäßigen Vertreter des deutschen Volkes, als Erben nationaler Traditionen und als Garanten für ein wiedervereinigtes Deutschland nach westlichem Zuschnitt begreift. Sie bekommt angesichts der offensiven Außenpolitik der Reagan-Administration eine aggressive Aktualisierung." Und an späterer Stelle behauptet Bernhard Strecker: „Wer baut, muß wissen, was er will. Wo nicht nachgedacht wurde, sollte weiter Gras wachsen. Doch wer ein Denkmal nationalen Wahnsinns dorthin im Spreebogen plazieren will, wo Konzepte zum Leben nötig sind, dem gebührt entschieden Widerstand."

Bei einer Anhörung zum Deutschen Historischen Museum, veranstaltet von der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn am 2. Juli 1986, erklärte der Abgeordnete Freimut Duve: „Geschichte gehört nicht der Regierung. Und sie gehört auch nicht der Politik. In der Demokratie kann und darf die Exekutive kein Geschichtsmuseum bauen wie der Feudalherr alter Zeiten." Bei der Anhörung zum Gutachten der Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin am 8. und 9. Dezember 1986 in Bonn erklärte Prof. Christian Meier: „Ich habe mich bisher noch immer nicht zu der Überzeugung durchringen können, daß es eigentlich ein Glück sei, daß dieses Museum gegründet werden soll ... Meines Wissens kommen historische Museen mit diesem Anspruch, nämlich die ganze Geschichte eines ganzen Staates musealiter darzustellen, nur in Entwicklungsländern und Volksdemokratien vor. Und nicht ohne Grund, denn die Idee ist dort natürlich heute am ehesten zu verwirklichen, wo eine Instrumentalisierung der Geschichte leicht, ja erwünscht ist. Dort ergeben sich die Bedingungen, unter denen ein historisches Museum die Einheit seiner Aussage gewinnt, und das erleichtert jedenfalls das Geschäft."

Hans-Christian Ströbele veröffentlichte im Dezember 1986 eine Streitschrift der Grünen im Bundestag gegen die geplanten historischen Museen in Berlin und Bonn. Ströbele polemisiert in den Vorbemerkungen gegen Helmut Kohl, unterstellt dem Kanzler, er wollte die NS-Täter in die Normalität zurückholen, sie wieder salonfähig machen wie beim Staatsakt an den Gräbern der Waffen-SS in Bitburg.

In der Presse erschienen zwischen 1983 und 1987, bis zur rechtsförmlichen Gründung des Deutschen Historischen Museums, zahlreiche Artikel namhafter Politiker und Historiker, die gegen Kohls „Geschichtspolitik" polemisierten. Diese Attacken gegen das erste deutsche Geschichtsmuseum waren umso

unberechtigter, als der Kanzler und die Bundesregierung jede Anstrengung unternahmen, die Öffentlichkeit über die Museumspläne sorgfältig zu unterrichten. So fand im März 1987 eine zweite Anhörung zum Gutachten der Konzeption für ein deutsches historisches Museum in Berlin statt. Zum zweiten Mal stellten sich die historischen Experten der Kritik und dem Urteil ihrer Fachkollegen wie der gesamten Öffentlichkeit. Bei dieser Anhörung stellte Werner Knopp, der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Sachverständigenkommission fest: „Die Regierung hat keinerlei inhaltliche Vorgaben gemacht. Sie hat auch keine Einflußnahmen in dieser Richtung versucht, und ich glaube wirklich, daß man eine solche Färbung unseres Konzepts aus ihm nicht herauslesen kann. Die Debatte müßte sich dann schon, wenn sie fruchtbar sein soll, konzentrieren auf die anderen Aspekte ... Wir sind Kinder dieser Demokratie und leben mit ihr und müssen diese Auseinandersetzung auch bestehen, aber ich bitte auch, unseren Ansatz zu verstehen. Wir stehen zu unserer Arbeit und möchten sie natürlich auch in einer Diskussion, die uns in Zusammenhänge stellt, die wir selbst nicht sehen, verteidigen und behaupten." Der zur Diskussion eingeladene grüne Abgeordnete Hans-Christian Ströbele kritisierte, dass dem Standort des Museumsgebäudes nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Der Standort im Spreebogen, in unmittelbarer Nähe des Reichstages, sei „ein eminent historisches, geschichtsträchtiges, heute noch ungeheuer problematisches Gelände". Es sei ein Gelände in der Mitte von Berlin, aber am Rande von West-Berlin. Ströbele fragte, ob diese Standortwahl nicht eine Aufwertung der Berliner Mitte sei.

Für Helmut Kohl war es nie eine Frage, wo das Deutsche Historische Museum seine kulturpolitische Wirkung gewinnen und seine staatspolitische Bedeutung zur Geltung bringen sollte. Der Ort konnte nur Berlin sein, und in Berlin eben die Berliner Mitte.

## *VI.*

Zur gleichen Zeit, als die letzten wissenschaftlichen Kontroversen über das Gesamtkonzept für die Dauerausstellung ausgetragen wurden, hatte Helmut Kohl mich beauftragt, eine Konzeption für den Umbau des *Reichstagsgebäudes* erstellen zu lassen. Diese Weisung blieb zunächst ein Dienstgeheimnis. Selbst im Bauministerium wussten nur die damit beauftragten Beamten davon. Der Kölner Architekt Gottfried Böhm stellte im Oktober 1988 sein Modell vor.

Helmut Kohl wollte die parlamentarische Nutzbarkeit des Reichstagsgebäudes wiederherstellen, die durch die Wiederaufbaumaßnahmen unter Paul Baumgarten in den 60er Jahren verfehlt worden war. Der Bundeskanzler der Einheit hatte als erster, lange vor dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990, das Reichstagsgebäude als Sitz des Deutschen Bundestages zum Ziele seiner Politik gemacht. Eine mächtige Kuppel sollte das Parlamentsgebäude

wieder bekrönen; das Dach des Gebäudes sollte als gesamtdeutsche Plattform dienen. Von hier aus sollte den West-Berlinern und den Westdeutschen Gelegenheit gegeben werden, nach Osten zu blicken. Die Kuppel sollte ein Zeichen der Deutschen Einheit sein. Sie sollte Berlins republikanische und demokratische Mitte gegenständlich den Ost-Berlinern ins Bewusstsein rufen, die Kuppel sollte an den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes erinnern: die staatliche Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit wiederherzustellen. Lange bevor der Deutsche Bundestag durch eine unzureichende, mangelhafte und bewusst mehrdeutige Auslobung des Architektenwettbewerbs den Streit über die Wiederherstellung der Wallot'schen Architekturform für das Reichstagsgebäude auslöste, hatte Helmut Kohl seine Entscheidung schon getroffen: Es war eine Entscheidung für Berlin als Sitz der Verfassungsorgane und eine Entscheidung für das Reichstagsgebäude mit Kuppel als Sitz für den Bundestag. Daran heute zu erinnern, scheint mir die historische Wahrheit zu gebieten und die politische Redlichkeit zu fordern.

Es gehört zu Helmut Kohls politischen Handlungsgrundsätzen, dass alle Staatsgewalt und jede handelnde Regierung sich nicht nur rechtlich legitimieren, sondern auch kulturell definieren muss. Deshalb hat er in vielen Reden und mit großem Ernst und erkennbarer Leidenschaft darauf hingewiesen, wie sehr es notwendig sei, dass sich Deutschland als Kulturstaat präsentieren muss. Kultur öffnet die Grenzen, weitet den Horizont des politischen Denkens, Kultur verbindet Zeiten und stiftet Frieden zwischen den Völkern.

## *VII.*

Der Historiker Helmut Kohl hat den Sinn für Formen, die Werte in sich bergen und Ausdruck einer geistig kulturellen Haltung sind. Für ihn war das staatliche Zeremoniell zum Volkstrauertag, der vom Bundespräsidenten gesprochene Nekrolog eine notwendige und selbstverständliche Form der Trauer, der Erinnerung und Mahnung, des Dankes und der Gewissenserforschung. Deshalb wollte er sich in Bonn mit den dortigen Provisorien nicht mehr zufrieden geben.

Als Bundskanzler und Staatsmann hat er als Gast in anderen Ländern unmittelbar und persönlich erlebt, wie man dort ein nationales Selbstbewusstsein zu kultivieren weiß, wie es möglich ist, einer militärischen Zeremonie eine demokratische Sinnhaftigkeit und kulturelle Substanz zu verleihen. Dies freilich kann nur dann gelingen, wo der Politiker weiß, dass es spirituelle Grundlagen gibt, ohne die kein Staat, keine Gesellschaft leben und handeln kann. Wer die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft ehrt, steht in der Tradition der europäischen Metaphysik der philosophia perennis. Diese reicht von Perikles' Rede auf die Toten des Peloponnesischen Krieges bis zum Nekrolog, den seit Theodor Heuss die deutschen Bundespräsidenten am Volkstrauertag zu sprechen bereit sind. Deshalb gab Helmut Kohl mir als zuständigem Mi-

nister den Auftrag zu prüfen, wo in Bonn und unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form ein zentrales Mahnmal für die Opfer der Kriege und Gewaltherrschaft errichtet werden könne. Wir einigten uns auf einen Standort zwischen Rhein und Gronau, nahe dem Abgeordneten-Hochhaus. Als am 3. Oktober 1990 die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt war, gab es für Kohl nicht den geringsten Zweifel, dass die *zentrale Mahn- und Gedenkstätte*, an der am Volkstrauertag das nationale Totengedenken stattfindet, nur dort sein könne, wo sie der erste demokratische Staat bereits errichtet hatte, nämlich in der Neuen Wache Schinkels neben dem Zeughaus. Auch hierzu gab Kohl wieder den entscheidenden Anstoß für die künstlerische Form der Raumgestaltung und die Symbolisierung der Trauer und des Traueraktes durch das Aufstellen der vergrößerten „Pieta" von Käthe Kollwitz.

*VIII.*

Am 750. Geburtstag Berlins, am 28. Oktober 1987, setzte der Bundeskanzler die „Stiftungstafel" für das Deutsche Historische Museum im Spreebogen an die Stelle, an der heute das Bundeskanzleramt errichtet ist. Gegen die Anbringung der Stiftungstafel demonstrierte eine Gruppe der Grünen und Alternativen: Auf den Bildern der Presseberichte ist Hans-Christian Ströbele zu sehen: er hält ein Transparent mit der Aufschrift in den Händen: „Das ist die Berliner Gruft, Gruft, Gruft ..."

Die Grünen stellten sich gegen den Rossi-Entwurf. Sie richteten sich vor allem gegen den Standort im Spreebogen, den musealen Charakter der Architektur und gegen jede Form von Repräsentationskultur. An den Gründungs-Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, übergab Kohl einen Erstdruck der Nationalhymne von Hoffmann von Fallersleben. Stölzl wies in seiner Dankadresse an den Bundeskanzler auf den europäischen Ausgangspunkt der Hymne von Joseph Haydn hin.

Beim Festakt im Reichstagsgebäude führte der Bundeskanzler aus: „Als wir dieses Projekt vorbereiteten, waren wir uns darüber im Klaren, daß wir vor einer ganz außergewöhnlichen Aufgabe standen. Ich selbst habe immer wieder hervorgehoben, daß es sich nach meiner Überzeugung um eine nationale Aufgabe von europäischem Rang und europäischer Dimension handelt. Die Errichtung eines solchen Museums ist ein notwendiges, ein überfälliges politisches und kulturelles Vorhaben – von Bedeutung für unsere geteilte Nation und von Bedeutung für unsere Nachbarn." Kohls dreifaches Handlungsmotiv klingt wieder an: das nationale, das europäische und das kulturelle. Für ihn gehört historisches Wissen und Geschichtsbewusstsein zu einem aufgeklärten Denken eines jeden Menschen. Der Kanzler der Einheit zitierte an Berlins 750. Geburtstag den Gründungskanzler Konrad Adenauer, der am 5. Mai 1955 erklärte: „Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien

Völker. Unser Ziel: in einem freien und geeinten Europa ein freies geeintes Deutschland." Niemand wusste, wie nahe wir diesem Ziel damals schon standen. Helmut Kohl verband den Gründungsakt für das Deutsche Historische Museum mit einem erneuten Bekenntnis zur Deutschen Einheit, indem er ausführte: „Wer die Stadt besucht, wer Mauer und Stacheldraht vor Augen hat, für den gibt es keinen Zweifel: dieses abstoßende Bauwerk wird nicht Bestand haben. Das letzte Wort der Geschichte ist mit der Teilung Berlins, mit der Teilung Deutschlands, mit der Teilung Europas nicht gesprochen. Auf keinen Fall kann die Mauer Berlin daran hindern, Modell und geistige Brücke für die Idee der Freiheit zu sein."

Im Frühjahr 1989 bildete die SPD unter Walter Momper in Berlin mit den Grünen und Alternativen eine neue Senatskoalition. In der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, das Museumsgeschenk des Bundes zu überprüfen, speziell die Standortwahl und die Folgekosten. Die Sprecherin der Alternativen, Sabine Weißler, stellte dazu fest: Die Realisierung des Rossi-Planes könne sie sich „auf keinen Fall vorstellen". Neben der Architektur seien die museale Konzeption, die Größe und der Standort in Frage zu stellen – also eigentlich das Ganze. Die mit der SPD vereinbarte Überprüfung des Projektes könne auch Jahre dauern. Es dauerte noch Jahre, bis das Zeughaus von Grund auf baulich erneuert wurde. 2005 kann die Dauerausstellung des Deutschen Historischen Museums eröffnet werden. Kohls kulturpolitische Folgewirkungen haben seine Kanzlerschaft acht Jahre überdauert.

Für Helmut Kohl waren staatliche Baumaßnahmen keine ideologisch motivierten Versuche, die Architektur der Hauptstadt nach politischen Motiven zu instrumentieren.

Helmut Kohls Kulturbegriff ist offen, von keiner Ideologie beeinflusst, er orientiert sich an der Würde des Menschen und an dem Menschenbild der Genesis. Für Kohl ist Kultur das Fundament des Staates; er ließ sich bei seinen politischen Entscheidungen, bei seinem ganzen Handeln als Kanzler von einem immergültigen Kulturbegriff leiten: Kultur ist die edelste Form zweckfreien Strebens des Menschen, sie dient der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der Persönlichkeit.

Kultur schließt unser religiöses und philosophisches Streben in sich, sie ist der Raum der Sieben freien Künste, der Ort der Wissenschaften; Kultur kann nur in Freiheit gedeihen, unter dem Schutz des Staates, der seinen Bürgern die Grundrechte unserer Verfassung zu schützen und zu gewährleisten hat.